

## Achtung, halbherzige Menschenrechtspolitik!



„Nach Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sterben jährlich 2,3 Millionen Menschen an Folgen der Arbeit, davon ca. 350.000 bei Arbeitsunfällen und ca. 2 Millionen an arbeitsbezogenen Krankheiten. 168 Millionen Kinder arbeiten, davon 85 Millionen unter extrem gefährlichen Bedingungen. Zudem sind mehr als 21 Millionen Menschen Opfer von Zwangsarbeit.“

So steht es auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu lesen; und auch in seiner aktuellen Plakatkampagne „Achtung, Menschenrechte!“ weist das Ministerium auf die skandalöse, systematische Verletzung der Menschenrechte in der globalisierten Wirtschaft hin: Unterdrückte Gewerkschaften, Zwangsumsiedlungen, Krankheiten durch Arbeitsstoffe, Vergiftung des Trinkwassers, keine existenzsichernden Löhne, miserable Unterkünfte, Kinderarbeit in Minen und vielen anderen Bereichen ... es ließe sich vieles ergänzen. Wir alle wissen, dass an unseren Handys, T-Shirts und vielem mehr allzu oft Blut klebt.

Doch die Verantwortung dafür können nicht in erster Linie wir als Verbraucher\*innen tragen, vielmehr sind es zuallererst die Unternehmen, die in die Pflicht genommen werden müssen. Sie mögen einem harten Wettbewerb ausgesetzt sein, aber das heißt erst recht, dass die Einhaltung der Menschenrechte nicht von freiwilligen Leitlinien abhängig sein darf, sondern die Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in den eigenen Betrieben und durch Zulieferer in der gesamten

Lieferkette eine verbindliche Verpflichtung für alle Unternehmen werden muss. Ansonsten belohnt der Wettbewerb gerade jene Unternehmen mit hohen Profiten, die sich einen Teufel um Menschenrechte scheren – und eben dies geschieht denn auch seit Jahrzehnten und in immer größerem Maß. „Deshalb machen wir Druck, gemeinsam, der Entwicklungsminister und ich als Arbeitsminister, für verbindliche Standards und für die Durchsetzung von Menschenrechten und menschenwürdige Arbeit.“ So Hubertus Heil im Februar.

**attac** **Menschenrechte vor Profit**

### Achtung, deutsche Konzerne verletzen Menschenrechte!

Existenzsichernde Löhne?  
Kinderarbeit in Minen?  
Krank durch radioaktive Elemente?

Hinter jedem Produkt steckt die Arbeit von Menschen. Konzerne verletzen Menschenrechte. Trotzdem blockiert die Bundesregierung bislang verbindliche Regeln für Unternehmen – in Deutschland und weltweit.

Informieren Sie sich: [www.menschenrechte-vor-profit.de](http://www.menschenrechte-vor-profit.de)

## **Die Bundesregierung sabotiert verbindliche Regeln für Unternehmen**

Allein, kein Wort davon im Rahmen der Plakataktion; und mehr noch: Der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsminister passt gleich die ganze Richtung gar nicht, während Außenminister Maas wohl noch überlegt ... Jedenfalls kann man bisher nicht sagen, dass sich Deutschland durch die Unterstützung all jener hervorgetan habe, die im Rahmen der UNO für einen rechtsverbindlichen Vertrag zum Schutz der Menschenrechte in der globalisierten Wirtschaft („Binding Treaty“) kämpfen. Tatsache ist, dass die deutsche Regierung diese seit 2014 laufenden Verhandlungen stets boykottiert und sogar sabotiert hat, nachdem sie vom UN-Menschenrechtsrat gegen die Stimmen des deutschen Vertreters und auch der anderen EU-Staaten beschlossen worden waren. Noch im Dezember 2017 hat Deutschland bei den UN-Haushaltsverhandlungen die Streichung aller Finanzmittel für diesen Verhandlungsprozess gefordert und bis heute hat die Bundesregierung allenfalls mit Praktikant\*innen an den bislang insgesamt vier Verhandlungsrunden teilgenommen, die im Oktober je eine Woche lang in Genf stattfinden.

## **Deutschland muss endlich eine konstruktive Rolle spielen**

Offenbar hält man also lieber Sonntagsreden, als dass man wirklich handelt. Der Skandal der globalen Verhältnisse entspricht dem Skandal unserer eigenen Politik. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So bestimmt es das Grundgesetz. Doch unsere Politiker\*innen handeln so, als stehe dies unter dem Vorbehalt, dass die Interessen der deutschen Wirtschaft nicht beeinträchtigt werden dürften. Seit Jahrzehnten tun sie jedenfalls alles dafür, dass deren weltweite Freiheit Vorrang vor der Verbindlichkeit der Menschenrechte genießt.

Damit muss Schluss sein. Deutschland muss endlich zu einer konstruktiven Rolle in den Verhandlungen zu einem „Binding Treaty“ finden, zumal die meisten anderen EU-Staaten auf nationaler Ebene längst dazu bereit sind und das Europäische Parlament sogar ein knappes Dutzend entsprechender Resolutionen verabschiedet hat. Der Erfolg der UN-Verhandlungen hängt wesentlich von der Rolle der EU ab und die Rolle der EU wäre ohne die Blockade bereits heute konstruktiv. Es geht darum, dass Menschenrechte Vorrang vor Freihandels- und Investitionsschutzverträgen erhalten, dass Unternehmen klare und sanktionsbewehrte Verpflichtungen zur Einhaltung und Sicherstellung der Menschenrechte auch in ihren Lieferketten auferlegt werden und sich Menschen, deren Menschenrechten verletzt wurden, rechtlich wirksam dagegen wehren können.

Eine andere Welt ist möglich! Menschenrechte vor Profit – weltweit!

## **Unterstützen Sie die Petition „Menschenrechte schützen - Konzernklagen stoppen“**



V.i.S.d.P Thomas Köller, c/o Attac-Deutschland,  
Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt am Main